

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ulrich Steinbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums der Finanzen

Bekämpfung der Steuerhinterziehung in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 1069** vom 3. September 2012 hat folgenden Wortlaut:

Steuerhinterziehung ist eine Straftat und kein Kavaliersdelikt, denn sie geht zu Lasten der Allgemeinheit und derjenigen, die Steuern bezahlen. In Deutschland werden jährlich mehrere Milliarden an Steuern hinterzogen. Die aktuellen Diskussionen um den Ankauf von Datenträgern mit Bankdaten mutmaßlicher deutscher Steuerhinterzieher haben in den letzten Monaten wieder zu einer Welle von Selbstanzeigen in den Ländern geführt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Selbstanzeigen hat es in den Jahren von 2001 bis August 2012 bei den rheinland-pfälzischen Steuerbehörden gegeben (Bitte um jährliche und quartalsmäßige Darstellung der Anzahl der Fälle der hinterzogenen Schuld)?
2. In welcher Höhe hat das Land Rheinland-Pfalz Mehreinnahmen durch aufgedeckte Fälle von Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug bzw. als Ergebnis von Steuerfahndungen seit 2001 bis August 2012 eingenommen (bitte Auflistung nach jeweiligem Jahr)?
3. Wie bewertet die Landesregierung das paraphierte Steuerabkommen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland und welche Haltung nimmt sie im Bundesrat dazu ein?
4. Wie bewertet die Landesregierung im Hinblick auf die bisherige Tätigkeit der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung das Vorhaben der Bundesregierung, den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs unter Strafe zu stellen?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. September 2012 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Bis 2009 wurde die Anzahl der eingegangenen Selbstanzeigen statistisch nur jährlich festgehalten.

Die Zahlen stellen sich wie folgt dar:

	Anzahl
2001	1 299
2002	790
2003	318
2004	222
2005	195
2006	191
2007	213
2008	332
2009	303

b. w.

Ab 2010 erfolgte eine quartalsweise Erfassung wie folgt:

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
2010	1 194	729	419	351
2011	282	233	199	118
2012	232	218		

Geschätzte Mehrsteuern aus Selbstanzeigen zu Kapitalvermögen (in €):

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
2010	33,7 Mio.	47,6 Mio.	18,6 Mio.	6,2 Mio.
2011	6,8 Mio.	6,5 Mio.	2,9 Mio.	3,0 Mio.
2012	480 000	2,9 Mio.		

Zu 2.:

Die Statistik der Steuerfahndung weist folgende Mehrergebnisse aus:

	in €		in €
2001	138 164 179	2007	86 561 026
2002	146 242 748	2008	73 096 362
2003	117 441 437	2009	87 254 111
2004	98 813 213	2010	100 010 073
2005	99 461 160	2011	143 854 801
2006	86 761 536		

Es handelt sich hierbei um festgesetzte Mehrsteuern. Eine Statistik über die eingegangenen Mehreinnahmen wird nicht geführt. Sie wäre extrem aufwendig, weil ein Teil der Einnahmen erst nach langjährigen Vollstreckungsmaßnahmen verbucht werden kann oder sich unter Umständen als nicht beitreibbar erweist.

Zu 3.:

Das paraphierte Abkommen weist Mängel auf. Unter anderem begünstigt es diejenigen besonders, die auch den verheimlichten Kapitalstock unter Hinterziehung von Steuern gebildet haben. Anders als im Abkommen geregelt, muss darüber hinaus klar sein, dass auch in Zukunft der Ankauf von CDs erlaubt ist.

Das Gesetz zur Umsetzung des Abkommens wird derzeit im Bundestag beraten und kann dort noch verändert werden. Im Anschluss daran – und ggf. nach einer noch stattfindenden Volksabstimmung in der Schweiz – wird die Landesregierung ihr Stimmverhalten festlegen.

Zu 4.:

Bei der Frage einer möglichen Strafbarkeit des Ankaufs der sogenannten Steuer-CDs durch die Steuerverwaltung kommt es auf den konkreten Einzelfall an.

Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 13. bis 14. Juni 2012 in Wiesbaden hat sich für die Einführung eines Straftatbestands der Datenhehlerei ausgesprochen, um eventuell bestehende Strafbarkeitslücken zu schließen. Der Straftatbestand soll allerdings nicht den Erwerb von Daten erfassen, der ausschließlich der Erfüllung rechtmäßiger dienstlicher oder beruflicher Pflichten dient. Der Ankauf von Steuerdaten durch die öffentliche Hand soll danach – so die Justizministerkonferenz – auch in Zukunft zulässig bleiben. Die Justizministerinnen und Justizminister haben Hessen gebeten, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Dr. Carsten Kühl
Staatsminister